

Die US-Absichten hinter ihrer treibenden Rolle im Balkankrieg waren sehr umstritten. Nun wird, sozusagen aus erster Hand, einiges geklärt - und bestätigt.

Unlängst kam mir ein interessanter Artikel der Zeitschrift „Blätter“ in die Finger. Und zwar handelte es sich dabei um ein Gespräch mit dem Mitglied des deutschen Bundestages Willy Wimmer, Vorsitzendem des CDU-Bezirksverbandes Niederrhein und Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Dies ist um so wichtiger zu erwähnen, als den folgenden Sachverhalten eine gewisse Brisanz innewohnt, die auf den ersten Blick eher auf eine, tendenziell per se US-feindliche, ausserparlamentarische linke Quelle weisen würde, denn auf einen gestandenen Unionspolitiker.

Wimmer hat Ende April 2000 in der slowakischen Hauptstadt Bratislava an einer Veranstaltung mit den Schwerpunktthemen Balkan und NATO-Erweiterung teilgenommen, zu der das US-Aussenministerium gemeinsam mit dem American Enterprise Institut (dem ausserpolitischen Thinktank der Republikanischen Partei) hochrangige Politiker der Region, vom Range von Ministerpräsidenten sowie Aussen- und Verteidigungsminister geladen hatte. In ungewohnt freimütiger Art „informierten“ die Veranstaltenden über die Absichten der US-Strategen in der Region, die Hintergründe des „humanitären“ Krieges gegen Serbien und einige längerfristige Perspektiven. Wimmer war von diesen Äusserungen dermassen erschüttert, dass er sich veranlasst sah, Bundeskanzler Schröder umgehend brieflich darüber in Kenntnis zu setzen. (Ein Faksimileabdruck dieses Briefes illustriert den Artikel in „Blätter“, siehe Bild.)

What they're really after...

Was war denn nun so Umwerfendes kundgetan worden in Bratislava? Als wohl happigstes zuerst die lakonische Feststellung „...der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sei geführt worden, um eine Fehlentscheidung von General Eisenhower aus dem 2. Weltkrieg zu revidieren. Eine Stationierung von US-Soldaten habe aus strategischen Gründen nachgeholt werden müssen...“ (Zitate aus o.g. Brief Wimmers an Schröder) „...die europäische Rechtsordnung sei für die Umsetzung von NATO-Überlegungen hinderlich. Dafür sei die amerikanische Rechtsordnung auch bei der Anwendung in Europa geeigneter...“ „...dass die Bundesrepublik Jugoslawien ausserhalb jeder Rechtsordnung (...) stehe...“

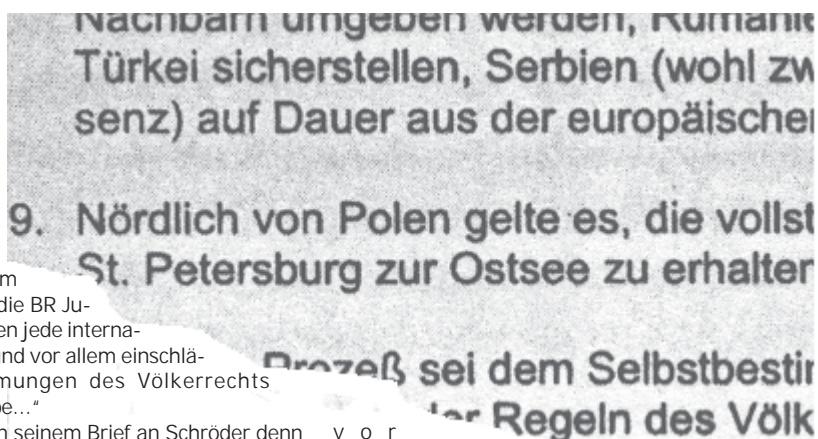
Weiter, dass „...es gelte, bei der jetzt anstehenden NATO-Erweiterung die räumliche Situation zwischen der Ostsee und Anatolien so wiederherzustellen, wie es in der Hochzeit der römischen Ausdehnung gewesen sei. Dazu müsse Polen nach Norden und Süden mit demokratischen Staaten als Nachbarn umgeben werden, Rumänien und Bulgarien die Landesverbindung zur Türkei sicherstellen, Serbien (wohl zwecks Sicherstellung einer US-Militärpräsenz) auf Dauer aus der europäischen Entwicklung ausgeklammert werden...“ „...nördlich von Polen gelte es, die vollständige Kontrolle über den Zugang aus St. Petersburg zur Ostsee zu erhalten...“

Dass dies einem OSZE-Parlamentarier

ziemlich eingefahren sein muss, erstaunt wenig. Ebenfalls ohne Scheu wurde von den US-Vertretern eingeräumt, dass „...die NATO bei dem Angriff gegen die BR Jugoslawien gegen jede internationale Regel und vor allem einschlägige Bestimmungen des Völkerrechts verstossen habe...“

Wimmer hält in seinem Brief an Schröder denn auch abschliessend fest: „Nach dieser sehr freimütig verlaufenen Veranstaltung kommt man in Anbetracht der Teilnehmer und der Veranstalter nicht umhin, eine Bewertung der Aussagen auf dieser Konferenz vorzunehmen. Die Amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewusst und gewollt die als Ergebnis von zwei Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen. Wo internationales Recht im Wege steht, wird es beseitigt. Als eine ähnliche Entwicklung den Völkerbund traf, war der 2. Weltkrieg nicht mehr fern. Ein Denken, das die eigenen Interessen so absolut sieht, kann nur totalitär genannt werden.“ Soweit also Wimmer an Schröder.

Nichts von all dem ist grundsätzlich neu. Nur, als



vor und während der Bombardierung Serbiens Einzelne solche Vermutungen äusserten, die der US-Balkanpolitik unlautere Ziele unterstellten, wurden sie als paranoide, krankhaft anti-amerikanische Menschenrechts-VerächterInnen hingestellt. Und neu ist vielleicht auch die dreiste Offenheit, mit der die US-Regierung solche Angelegenheiten darstellt. Es sollte uns zu denken geben, wie billig sich die meisten von uns mit Menschenrechtsphrasen abspesen liessen, wo es doch in Wirklichkeit um strategische und, als Motivation dahinter, natürlich um wirtschaftliche Interessen ging und geht. Und zwar ist, wie Wimmer im Gespräch mit den „Blätter“-AutorInnen erwähnt, zumindest einer der grossen Interessens-Konflikte der Verlauf der geplanten Ost-West-Öl-Pipelines. Ob beispielsweise das Öl aus dem Gebiet des Kaspischen Meeres nördlich von Belgrad oder durch den Kosovo fließen wird, was auch die Kostunica-Regierung in der BR Jugoslawien brennend interessieren dürfte. Die Westlichen Erdöl-Konsortien wünschen einen Verlauf Richtung Italien und Spanien, um die Ölimporte dieser Länder aus Libyen und Nigeria zu unterbinden. Einheimische Potentaten würden eine Verbindung über Polen nach Deutschland bevorzugen, wenn es in ihrer Macht stünde, zu diesen Entscheiden beizutragen, die im Wesentlichen in den westlichen Metropolen gefällt werden.

Womit wir wieder auf Schröder zurückkommen, der - bestens über all diese Machenschaften im Bilde, wie wir hier festgestellt haben - hinging und, als einer der weltweit ersten nach dem WTC-Massaker, dem amerikanischen Präsidenten, „...unseren amerikanischen Freunden...“, die uneingeschränkte, unverbrüchliche Treue der deutschen Regierung im heldenhaften Kampf gegen das unendlich Böse zusicherte. Es kann nicht schaden, die Vorgänge am und seit dem 11. September auch mal im Lichte des hier Dargelegten zu betrachten und sich einige Gedanken zu machen...

Das vollständige Interview mit Willy Wimmer kann nachgelesen werden in:

Blätter für deutsche und internationale Politik, September 2001

Blätter-Verlagsgesellschaft mbH, Bertha-von-Suttner-Platz 6, D-53111 Bonn
www.blaetter.de

Inserat

Zeitschrift für Friedenspolitik

Titel: **Cyber War**

Wie real ist der World Wide War? Braucht's eine virtuelle Abrüstung?

Aktuell

GSoA II – und niemand geht an die Urne?

Initiativen zur Amneeabschaffung und für einen Zivilen Friedensdienst kommen zur Abstimmung

Friz erscheint 6mal jährlich und ist nur im Abonnement erhältlich. Bestellen Sie die Friz 5/01 nach heute per Telefon 01/212 22 93, Fax 01/212 22 93 oder via E-Mail friz@friz.ch (SFr. 12.- inkl. Porto).